

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Gemeinderates

vom 12.05.2022

**Sitzung:** Öffentlich

**Beginn:** 17:19 Uhr

**Ende:** 21:55 Uhr

**Zahl der Mitglieder des Gemeinderats:** 26

**Anwesend:** Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender  
Erster Bürgermeister Janocha

und 21 Gemeinderatsmitglieder

**Anwesend:**

StR Degler  
StR Demir  
StR Dobler  
StR Dyken  
StR'in Eusebi  
StR Franke  
StR Gül  
StR Härtner  
StR Häußler  
StR Hettich  
StR Dr. Ketterer  
StR'in Kirschbaum  
StR'in Konrad  
StR'in Kutteroff  
StR'in Lohrmann

StR'in Ribbeck  
StR Rupp  
StR Scheib  
StR Dr. Schweizer  
StR'in Sturm  
StR'in Täpsi-Kleinpeter

**Abwesend:**

StR Bauer  
StR'in Klinghoffer  
StR Lachenmaier  
StR Malcher  
StR'in Dr. Ulfert

**Außerdem anwesend:**

Herr Baudezernent Setzer  
Frau Blumer  
Herr Großmann  
Herr Kaltenleitner  
Herr Stier  
Herr Kleibner  
Frau Wüllenweber  
Herr Zipf  
Frau Schuler  
Frau Groß  
Frau Amofah (zu § 45)

## Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister  
Friedrich:**

**Für den Gemeinderat:**

**Schriftführer:**

# Tagesordnung

- § 45 Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in der Stadt Backnang - Sachstandsbericht
- § 46 Beteiligungsbericht der Stadt Backnang für das Geschäftsjahr 2020
- § 47 Bekanntgabe des vorläufigen Jahresergebnisses 2021 und Ermächtigungsüberträge aus dem Jahr 2021
- § 48 Sanierung und Umbau des Verwaltungsgebäudes Postgasse 5 - Geändertes Energiekonzept und Kostenentwicklung
- § 49 Sportanlage Eugen-Adolff-Straße - Sanierung und Erweiterung des Kunstrasenspielfeldes - Bekanntgabe der Vergabe
- § 50 Anträge der Fraktionen/Stadträte

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des <b>Gemeinderates</b>  am 12. Mai 2022  <b>-Öffentlich-</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha  als Vorsitzender  und 21 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

## § 45

### Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in der Stadt Backnang - Sachstandsbericht

Frau Amofah stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

Der Vorsitzende spricht allen Beteiligten seinen Dank aus. Verwaltungsintern sei eine Taskforce eingerichtet worden, welche einen tollen Einsatz leiste.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass die Stadtverwaltung schnell reagiert habe, um Wohnraum zu schaffen. Er selbst habe drei Geflüchtete aufgenommen. Problematisch sei jedoch, dass viele Geflüchteten nichts von den Angeboten der Stadtverwaltung wissen. Ebenfalls die Kommunikation stelle ein Problem dar und könne häufig nur per GoogleTranslator erfolgen. Die Kommunikation und städtische Angebote müssen auf den Personenkreis entsprechend ausgerichtet werden. Ebenfalls sollen Kinder Kontakt zu Gleichaltrigen sowie einen Betreuungsplatz erhalten.

Stadtrat Dr. Schweizer weist darauf hin, dass Personen, welche am Südtor untergebracht seien, nicht in den Statistiken von Frau Amofah erscheinen.

Stadtrat Dr. Ketterer bedankt sich ebenfalls bei allen Beteiligten. Er möchte wissen, ob alle Geflüchteten melderechtlich erfasst werden, sowie ob Doppelmeldungen in unterschiedlichen Städten und Gemeinden möglich seien.

Frau Wüllenweber berichtet, dass es bei der Unterbringung von Kindern ebenfalls auf das Alter ankomme. Man habe eine Kooperation mit dem Verein für Kinder und Jugendhilfe gestartet. Zu den Treffen können Betroffene und Kinder kommen und an einer Art Vorschulgruppe teilnehmen. Ebenfalls biete man das persönliche Gespräch im Referat an.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man die Informationsmappen ebenfalls gerne in ukrainischer Sprache erstellen werde.

Frau Wüllenweber berichtet, dass die betroffenen Personen im Referat eine

Willkommenstasche erhalten. Ebenfalls weist sie auf eine aktuelle Stellenausschreibung zur Sozialbetreuung hin.

Frau Blumer erläutert, dass man die entsprechenden Meldestati der Personen kenne. Doppelmeldungen seien nicht möglich.

Frau Amofah teilt mit, dass Umzüge dem Integrationsmanager häufig nicht angezeigt werden.

Stadtrat Härtner regt an, die Angebote ebenfalls auf der Homepage in ukrainischer Sprache darzustellen. Ebenfalls berichtet er, dass die Mutter-Kind-Gruppe bereits überfüllt sei.

Frau Blumer teilt mit, dass es eine Reihe an unterschiedlichen Angeboten gebe. Sie erläutert das derzeitige Verfahren, wenn sich eine ukrainische Familie im Bürgeramt anmeldet.

Stadtrat Scheib lobt die Arbeit der Stadtverwaltung. Er weist darauf hin, dass es ebenfalls Risiken für Vermieter gebe. Er möchte wissen, ob man Wohnungen ebenfalls über die Stadt Backnang vermieten könne.

Herr Zipf antwortet, dass die Mietverträge entsprechend gestaltet wurden, dass die Stadt für Schäden aufkomme.

Stadtrat Franke schließt sich dem Lob an. Er merkt an, dass es zwischen den verschiedenen Flüchtlingsgruppen gefährliche Priorisierungen gebe. Hierbei müsse man vorsichtig agieren. Es müsse darauf geachtet werden, dass alle Personen gleichbehandelt werden. Er weist auf die Kosten der Angebote hin und möchte wissen, ob diese auch künftig städtisch unterstützt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es keine Priorisierung geben solle. Die Situation muss immer ganzheitlich betrachtet werden.

Erster Bürgermeister Janocha merkt an, dass man für die Wohnungen teilweise einen Kostenersatz erhalten werde. Möbel werden nicht ersetzt.

Stadtrat Gül bedankt sich für den Sachstandsbericht und weist darauf hin, dass ebenfalls Ehrenamtliche eine große Arbeit geleistet haben. Man habe aus der Flüchtlingswelle 2015 gelernt und konnte sich diese Erfahrungen zu Nutzen machen. Er möchte wissen, wie viele Vermieter bereit wären, Flüchtlingsfamilien anderer Nationalitäten aufzunehmen.

Erster Bürgermeister Janocha berichtet, dass die Zahlen gering seien.

Stadträtin Lohrmann schließt sich dem Dank an. Sie weist darauf hin, dass es trotz allem an der Kommunikation mit den Geflüchteten fehle. Ebenfalls fehle der Austausch mit Personen, welche in Privatwohnungen untergebracht worden seien. Vermieter agieren in diesen Fällen häufig als Integrationsbeauftragte, da die Geflüchteten diese als Bezugsperson sehen. Ebenfalls berichtet sie, dass häufig finanzielle Mittel fehlen und daher weiter Unterstützung benötigt werde. Sie bittet die Verwaltung darum, dass man nochmals an die Vermieter herantrete und entsprechend Unterstützung anbiete. Ebenfalls Kinder sollen so schnell als möglich in Kindergärten und Schulen integriert werden.

Frau Amofah teilt mit, dass man die Anregungen gerne mitnehmen werde. Es stehe weiterhin ebenfalls das Angebot, dass auch die Stadtverwaltung das Gespräch mit der Leistungsbehörde suchen werde. Man werde zudem Schulungen anbieten, um Anträge bestmöglich ausfüllen zu können.

Stadträtin Konrad weist darauf hin, dass es in den südlichen Stadtteilen Vernetzungen durch Begegnungs-Cafés gebe. Hier könne man gemeinsam in Gespräch kommen.

Stadtrat Degler weist darauf hin, dass ebenfalls durch Sportangebote Kontakte geknüpft werden können.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass diese Unterhaltung zeige, dass es weiterhin Handlungsbedarf gebe. Er rate ein Schreiben an alle Betroffenen zu versenden, in welchem auf die Angebote hingewiesen werde.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Stadtverwaltung zur Kenntnis.

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des <b>Gemeinderates</b>  am 12. Mai 2022  <b>-Öffentlich-</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha  als Vorsitzender  und 21 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

## § 46

### Beteiligungsbericht der Stadt Backnang für das Geschäftsjahr 2020

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es seitens des Gremiums Fragen oder Wortmeldungen hierzu gebe. Er verweist auf die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass man gerne auf einen Sachvortrag verzichten wolle:

Zur Information des Gemeinderats gemäß § 105 Abs. 2 der Gemeindeordnung wird anbei der Beteiligungsbericht der Stadt Backnang für das Geschäftsjahr 2020 vorgelegt.

Der Beteiligungsbericht wird ortsüblich bekannt gegeben, an sieben Tagen öffentlich ausgelegt und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen.

Vom Beteiligungsbericht der Stadt Backnang für das Geschäftsjahr 2020 wird Kenntnis genommen.

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des <b>Gemeinderates</b>  am 12. Mai 2022  <b>-Öffentlich-</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha  als Vorsitzender  und  21 Stadträte; Normalzahl 26
--	--

## § 47

### Bekanntgabe des vorläufigen Jahresergebnisses 2021 und Ermächtigungsüberträge aus dem Jahr 2021

Erster Bürgermeister Janocha und Herr Zipf stellen das vorläufige Jahresergebnis anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage) vor:

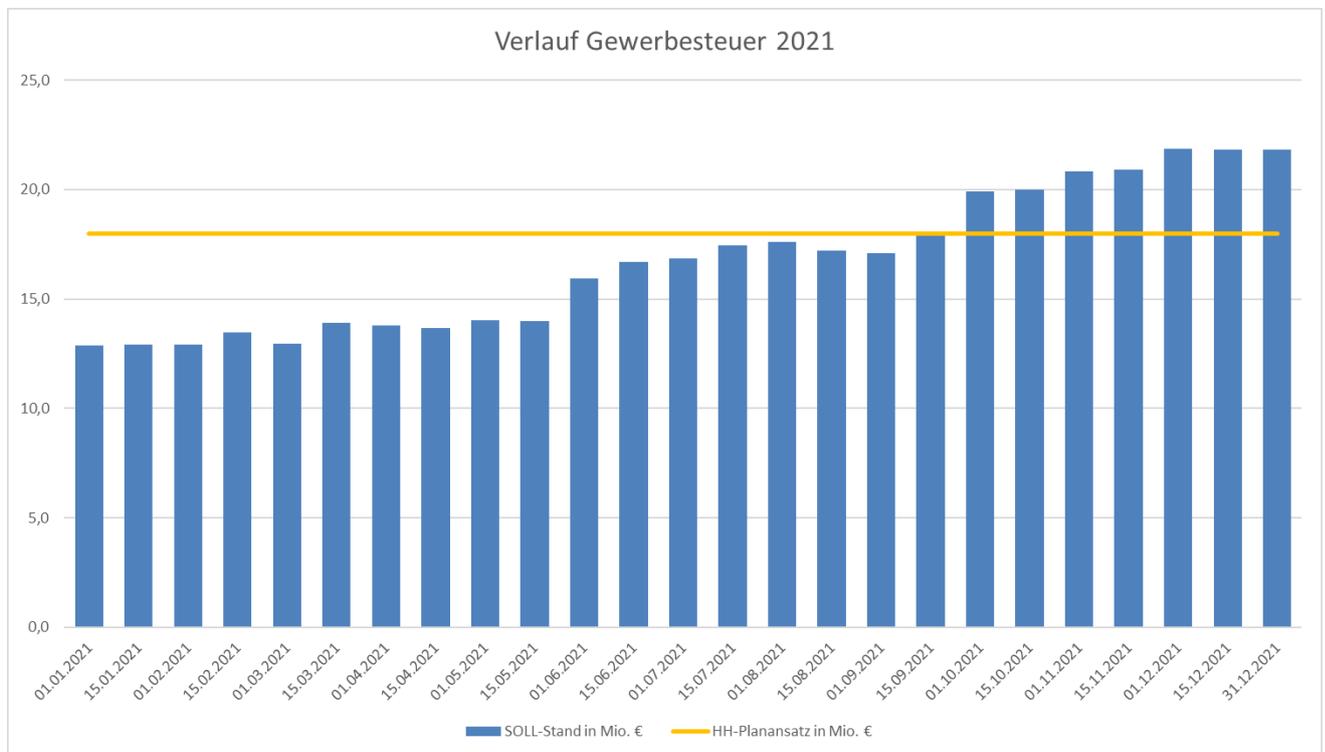
#### **1. Eckdaten der Jahresrechnung 2021**

##### **1.1. Entwicklung der Gewerbesteuer**

Das Gewerbesteueraufkommen 2021 entwickelte sich trotz der Corona-Pandemie besser als bei der Haushaltsplanung angenommen. Das Jahr schließt mit Mehreinzahlungen von über 3,7 Mio. € ab.

Die Entwicklung startete zunächst verhalten bei 12,9 Mio. € und stieg unter Schwankungen bis Ende Juli auf etwa 17,6 Mio. € an. Nach einem abermaligen leichten Rückgang überschritt das Gewerbesteueraufkommen ab Mitte September stabil den Haushaltsansatz von 18 Mio. € und schloss zum 31.12.2021 mit einem Finanzergebnis von etwa 21.995.200 € ab und lag damit etwa 3,99 Mio. € über dem Planansatz.

Die Grafik zeigt den Verlauf des Gewerbesteueraufkommens 2021.



## 1.2. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit 2021 beläuft sich auf rund 8.159.500 €. Im Haushaltsplan war ein Zahlungsmittelbedarf von 495.400 € veranschlagt. Die Verbesserung im laufenden Finanzhaushalt liegt damit bei 8.654.900 € und ist insbesondere auf folgende Positionen zurückzuführen:

### Mehreinzahlungen (Verbesserung):

Gewerbesteuer (brutto)	3.995.200 €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	367.700 €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	215.500 €
Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft	2.402.100 €
Kommunale Investitionspauschale	801.500 €
FAG-Zuweisungen Kitas	<u>570.800 €</u>
Summe Mehreinzahlungen	<u>8.352.800 €</u>

**Minderauszahlungen (Verbesserung):**

Personalauszahlungen	1.476.900 €
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	307.000 €
Schulpauschalen konsumtiv	<u>398.500 €</u>
Summe Minderauszahlungen	<u>2.182.400 €</u>

**Mindereinzahlungen (Verschlechterung):**

Vergnügungssteuer	<u>1.089.200 €</u>
Summe Mindereinzahlungen	<u>1.089.200 €</u>

**Mehrauszahlungen (Verschlechterung):**

Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen (Corona)	<u>726.400 €</u>
Summe Mehrauszahlungen	<u>726.400 €</u>

**a. Entwicklung der Verschuldung**

Im Haushalt 2021 war eine Kreditaufnahme in Höhe von 6,7 Mio. € zur Finanzierung der Investitionen geplant. Eine Kreditaufnahme musste jedoch aufgrund von Verbesserungen im laufenden Finanzhaushalt sowie verzögerten Mittelabflüssen bei Baumaßnahmen nicht getätigt werden.

Der **Schuldenstand** hat sich wie folgt **verringert**:

Schuldenstand auf 01.01.2021	3.375.790 €
Ordentliche Tilgungsleistungen 2021	<u>-333.048 €</u>
Schuldenstand auf 31.12.2021	<u>3.042.742 €</u>

Damit ergibt sich folgende **Pro-Kopf-Verschuldung**:

01.01.2021	90 €
------------	------

**b. Liquidität**

Der Zahlungsmittelbestand reduzierte sich um rund 6.042.800 € von 28.671.900 € auf 22.629.100 €. Unter Berücksichtigung der Einheitskasse mit der SEB sowie vergebener Kassenkredite veränderte sich der städtische Finanzierungsmittelbestand von 28.877.300 € um rund 5,42 Mio. € auf 23.454.100 €. Dieser Finanzierungsmittelbestand steht grundsätzlich zur Finanzierung städtischer Maßnahmen zur Verfügung. Die Finanzierung der Ermächtigungsüberträge ist damit nach dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2021 sichergestellt.

**2. Ermächtigungsüberträge****a. Vorbemerkungen**

Der städtische Haushalt basiert auf dem Grundsatz der Jährlichkeit, d.h. die Haushaltsansätze gelten für das entsprechende Haushaltsjahr. Ermächtigungsüberträge (früher kameral: "Haushaltsreste") ermöglichen, nicht ausgeschöpfte Haushaltsmittel nach Ende des Haushaltsjahres weiter zu bewirtschaften, Verpflichtungen einzugehen und Zahlungen zu leisten. Dies soll einen wirtschaftlichen Haushaltsvollzug fördern.

Ermächtigungsüberträge sind gemäß §§18, 21 GemHVO nur möglich, wenn das geplante Gesamtergebnis des Haushalts nicht gefährdet ist.

Das Haushaltsjahr 2022 wird nach aktueller Lage voraussichtlich planmäßig abschließen. Somit ist das Gesamtergebnis des Jahres 2022 durch die Ermächtigungsüberträge nicht gefährdet.

Es wird vorgeschlagen, die im Jahr 2021 gebildeten Ermächtigungsüberträge entsprechend der Auflistung in den Anlagen 1 und 2 in das Jahr 2022 zu übertragen.

**b. Finanzhaushalt 2021**

Die im Finanzhaushalt noch nicht ausgeschöpften Auszahlungen sollen zur Fortsetzung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen eingesetzt werden. Die aufgeführten Vorhaben sind meist bereits vergeben, nicht beendet respektive noch nicht abgerechnet.

Wenn investive Einzahlungen im Haushaltsjahr nicht mehr bei der Stadt eingehen und deren Eingang in Folgejahren als gesichert gilt (z.B. zugesicherte Zuschüsse), dann können diese noch offenen Einzahlungen in das Folgejahr übertragen werden.

In Summe sollen im Finanzhaushalt Auszahlungen in Höhe von 18.599.977,98 € (Vorjahr 17.670.135,22 €) sowie Einzahlungen in Höhe von 5.615.567,24 € (Vorjahr 5.410.189,65 €) übertragen werden.

Die größten Übertragungsposten sind dabei:

Produkt	Bezeichnung Produkt	Konto	Maßn.	Bezeichnung	Übertragung Einzahlungen	Übertragung Auszahlungen
55200000	Gewässerschutz / Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	68110000	012	Investitionszuweisungen vom Land Hochwasserschutz Murr innerorts	1.794.800,00 €	
55200000	Gewässerschutz / Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	78730010	012	Hochwasserschutz Murr innerorts		2.702.446,49 €
51100900	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	78710050	014	Sanierungsmaßnahme Innenstadt Teil III - Umbau Postgasse 5		1.834.658,20 €
57100100	Wirtschaftsförderung	68100000	001	Investitionszuweisungen vom Bund Breitbandversorgung	694.751,00 €	
57100100	Wirtschaftsförderung	68110000	001	Investitionszuweisungen vom Land Breitbandversorgung	555.801,00 €	
57100100	Wirtschaftsförderung	78170000	001	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen - Breitbandversorgung		1.500.000,00 €
51100900	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	78720020	014	Sanierungsmaßnahme Innenstadt Teil III - Neubau Stadtbrücke mit Aufzügen und Treppen		1.106.582,92 €
21500000	Sonstige Schulische Aufgaben und Einrichtungen	68100000	020	Investitionszuweisungen vom Bund Digitalisierung der Schulen	500.000,00 €	
21500000	Sonstige Schulische Aufgaben und Einrichtungen	78710010	020	Digitalisierung der Schulen bauliche Maßnahmen		622.628,73 €
21500000	Sonstige Schulische Aufgaben und Einrichtungen	78310000	020	Einrichtung Digitalisierung der Schulen		375.593,53 €

### c. Ergebnishaushalt 2021

Im Ergebnishaushalt können Aufwendungen ausnahmsweise übertragen werden, wenn dies einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung dient. In der Regel sind davon einmalig geplante Aufwendungen betroffen sowie als übertragbar gekennzeichnete Konten wie die Etats der Schulleitungen für Lehr- und Unterrichtsmaterial, Lernmittel und Anschaffungen.

Wenn Erträge im Haushaltsjahr nicht mehr bei der Stadt eingehen und deren Eingang in Folgejahren als gesichert gilt (z.B. zugesicherte Zuschüsse), dann können diese noch offenen Erträge in das Folgejahr übertragen werden.

In Summe sollen im Ergebnishaushalt Aufwendungen in Höhe von 2.494.232,52 € (Vorjahr 1.842.107,64 €) sowie Erträge in Höhe von 181.800 € (Vorjahr 28.800 €) übertragen werden.

### 3. Fazit

Der veranschlagte Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit verbessert sich um 8,65 Mio. € auf 8.159.500 €. Bei der Aufstellung des Haushalts 2022 wurde noch von einer Verbesserung in 2021 von etwa 3,31 Mio. € ausgegangen. Diese Verbesserung ist in den Haushalt 2022 bereits eingearbeitet. Damit stehen in 2022 zusätzliche Finanzierungsmittel von 4,85 Mio. € zur Verfügung.

Die Verbesserung wird voraussichtlich zum Ausgleich von Baukostensteigerungen benötigt. Es ergeben sich daher zum derzeitigen Zeitpunkt voraussichtlich keine zusätzlichen finanziellen Spielräume für die laufenden und zukünftig geplanten Investitionen.

Stadträtin Täpsi-Kleinpeter merkt an, dass es schwer vergleichbar sei, wenn immer nur Planansätze und keine richtigen Zahlen genannt werden. Sie möchte wissen, wie andere Gemeinden und Städte an dieser Stelle arbeiten.

Erster Bürgermeister Janocha teilt mit, dass man seit 2018 keinen Abschluss habe. Es sei richtig, dass die finalen Ergebnisse fehlen. In den kommenden Tagen werde man eine Schlussbilanz erhalten. Ziel sei es, die fertige Bilanz im Juli vorlegen zu können. Man werde dann die gesamten Jahresabschlüsse ab 2018 vorlegen. In anderen Städten sei dies ähnlich.

Herr Zipf weist darauf hin, dass die Kämmerei ein Querschnittsamt sei, welche ebenfalls während der Corona-Pandemie Einbußen erleiden musste. Man sei bemüht, die Ergebnisse so schnell als möglich vorstellen zu können.

Stadträtin Kutteroff weist darauf hin, dass viele Investitionsmaßnahmen in der Zukunft liegen und gestartet werden müssen. Sie möchte wissen, weshalb in diesem Jahr ebenfalls Aufwendungen ins kommende Jahr übertragen werden.

Herr Zipf antwortet, dass dies ebenfalls in der Vergangenheit bereits so gehandhabt wurde. Man schiebe an diesen Stellen Unterhaltungsmaßnahmen, welche im Vorjahr nicht umgesetzt werden konnten.

Stadtrat Dr. Ketterer stellt Detailfragen zum vorläufigen Jahresergebnis.

Stadtrat Franke weist darauf hin, dass man die zusätzlich genannten 4,85 Mio. € für notwendige Projekte einsetze und nicht nur lediglich um die Preissteigerungen zu decken.

Der Gemeinderat

## beschließt

einstimmig:

1. Von der vorläufigen Jahresrechnung 2021 mit den genannten Eckdaten wird Kenntnis genommen. Die Beratung und Feststellung der Jahresrechnung 2021 erfolgt nach der örtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.
2. Den im Jahr 2021 gebildeten Ermächtigungsüberträgen und deren Übertragung in das Jahr 2022 wird gemäß den Anlagen 1 und 2 wie folgt zugestimmt:
  - Finanzhaushalt 2021 (Auszahlungen) in Höhe von 18.599.977,98 €
  - Finanzhaushalt 2021 (Einzahlungen) in Höhe von 5.615.567,24 €
  - Ergebnishaushalt 2021 (Aufwendungen) in Höhe von 2.494.232,52 €
  - Ergebnishaushalt 2021 (Erträge) in Höhe von 181.800 €

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des <b>Gemeinderates</b>  am 12. Mai 2022  <b>-Öffentlich-</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha  als Vorsitzender  und 21 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

## § 48

### Sanierung und Umbau des Verwaltungsgebäudes Postgasse 5 - Geändertes Energiekonzept und Kostenentwicklung

Herr Stier stellt den Sachstandsbericht anhand einer Präsentation (siehe Anlage) dar.

Stadtrat Härtner lobt die Arbeit in Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Einsparungen. Er möchte wissen, ob bei der Berechnung die CO<sub>2</sub>-Steuer beachtet wurde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es bei der IUK-Stelle eine höhere Strombelastung als in anderen Verwaltungsgebäuden gebe.

Stadtrat Hettich regt dazu an, die Baumaßnahme so schnell als möglich umzusetzen, um so Kosten im Hinblick auf Preissteigerungen zu sparen. Er möchte wissen, ob ein derartiges Konzept ebenfalls bei der bisher vorherigen Planung in Betracht gezogen werden hätte können und ob das Energiekonzept mit der Marktstraße gekoppelt werden könne.

Herr Stier weist auf die Eigenstromquote von 45 % hin. Er teilt weiterhin mit, dass die CO<sub>2</sub>-Besteuerung sowie eine mögliche Strompreissteigerung einberechnet seien. Der Zeitplan habe aufgrund der Komplexität des Bauwerks nicht eingehalten werden können. Außerdem baue man um eine bestehende Arztpraxis herum und müsse auf die entsprechenden Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. Ebenfalls stellen die aktuellen Lieferzeiten ein Problem dar. Man prüfe derzeit, ob das Energiekonzept ebenfalls in der Marktstraße angewandt werden könne.

Stadträtin Kutteroff möchte wissen, was künftig mit dem Gebäude Marktstraße 29 geschehe. Sie wünsche sich ein Gesamtkonzept für das gesamte Gebäude. Durch die aktuellen Pläne werde nur ein Teil dargestellt. Sie fordere, dies entsprechend mit in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Stadträtin Ribbeck möchte wissen, ob überall eine Besonnung gewährleistet werden könne und ob die PV-Panele gegebenenfalls auch geneigt werden können, um so die Effizienz

zu steigern.

Stadtrat Dr. Ketterer teilt mit, dass er in diesem Projekt eine Pilotfunktion innerhalb der Stadt für andere Projekte sehe.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass er den Hinweis von Stadträtin Kutteroff respektiere. Die Aufwendungen werden für den Zwischenbau genutzt. Ein Gesamtkonzept für das Gebäude bestehe derzeit noch nicht, da aktuell noch Gespräche mit den Mietern geführt werden. Er bitte darum, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, da es hierbei lediglich um den Zwischenteil gehe.

Herr Stier teilt mit, dass jede sinnvolle Fläche des Gebäudes mit PV-Anlagen geplant wurde. Er merkt an, dass man sich eine Neigung der Platten aufgrund der Optik nicht vorstellen könne. Ebenfalls gebe es nur wenige Panele, welche für die Fassadenverkleidung denkbar seien.

Stadtrat Degler merkt an, dass er bezüglich der errechneten Leistung skeptisch sei und die Kostensteigerungen erschreckend finde. Man müsse sich Gedanken machen, wie man im Hinblick auf die Kostensteigerungen mit anderen Großprojekten umgehe.

Stadtrat Franke berichtet, dass weitere Projekte anstehen, welche bei den CO<sub>2</sub>-Kosten nicht attraktiv gewesen seien. Er erkundigt sich, was dies für andere Projekte bedeute. Er spricht sich dafür aus, das Gebäude Marktstraße 29 weiterhin einzuplanen.

Stadträtin Kutteroff stellt Detailfragen zum Grundriss EG – Lager mit Aufzug, Parken und Radumkleide.

Herr Stier erläutert den entsprechenden Bereich anhand der Präsentation.

Stadtrat Dobler empfiehlt den Beschlussvorschlag im Erdgeschoss umzubenennen. Er rät dazu, auch im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit den Beschluss entsprechend zu genehmigen.

Stadtrat Härtner schließt sich dem Appel von Stadtrat Dobler an.

Stadträtin Lohrmann erkundigt sich nach der Quadratmeterfläche im Erdgeschoss.

Herr Stier geht davon aus, dass in diesem Bereich rund 150 m<sup>2</sup> bebaut werden können.

Herr Zipf weist auf das neue Haushaltsrecht im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit hin. Ebenfalls werde dieses Projekt den städtischen Haushalt langfristig entlasten.

beschließt

einstimmig:

1. Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 1,5 Mio. € wird zugestimmt.
2. Die Kostendeckung erfolgt über
  - Minderauszahlungen durch Nichtausführung Maßnahmen Schlauchwerkstatt
    - PSK 12600500 - 78310000.001 Erneuerung Schlauchpflgeanlage (Eigenanteil) 81.000 €
    - PSK 12600500 – 78710010.010 Sanierung Schlauchwerkstatt 363.000 €
  - Mehrerträge Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft
    - PSK 61100000 – 31110020 Schlüsselzuweisungen 1.056.000 €
3. Der Gemeinderat stimmt dem geänderten Energiekonzept mittels Fassaden-PV und Wärmepumpe zu.

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des <b>Gemeinderates</b>  am 12. Mai 2022  <b>-Öffentlich-</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha  als Vorsitzender  und  21 Stadträte; Normalzahl 26
--	--

## § 49

### Sportanlage Eugen-Adolff-Straße - Sanierung und Erweiterung des Kunstrasenspielfeldes - Bekanntgabe der Vergabe

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage:

Der Gemeinderat hat mit Baubeschluss vom 24.03.2022 der „**Sanierung und Erweiterung des Kunstrasenspielfeldes Sportanlage Eugen-Adolff-Straße**“ zugestimmt.

Die Arbeiten wurden vom Tiefbauamt Backnang öffentlich ausgeschrieben.

Insgesamt wurden die **Ausschreibungsunterlagen von 9 Firmen abgeholt.**

Zum Submissionstermin am **20.04.2022** lagen folgende **3** Angebote zur Wertung vor:

<b>Nr.</b>	<b>Bieter</b>	<b>Auftragssumme EUR</b>
1.	Fa. S.+D. Bonasch GmbH	640.203,70
2.	Bieter 2	682.342,54
3.	Bieter 3	698.011,40

Die **S.+D. Bonasch GmbH aus 73663 Berglen-Höblinswart** ist nach Wertung der Angebote wirtschaftlich günstigste Bieterin. Der Auftrag wurde gemäß § 9, Absatz 1, Ziffer 3b der Hauptsatzung diesem Unternehmen erteilt.

Der Amtspreis für die Baumaßnahme lag bei 661.562 EUR brutto. Das wirtschaftlichste Angebot der Firma S.+D. Bonasch GmbH lag 3,33 % unter dem Amtspreis der Ausschreibung.

**Es sind Mittel im Haushalt der Stadt Backnang für 2022 eingestellt.**

Die Arbeiten sollen am **07.06.2022** beginnen und bis **02.09.2022** abgeschlossen sein.

Das Gremium nimmt die Vergabe zu Kenntnis:

**Die S.+D. Bonasch GmbH** hat am **04.05.2022** vom Tiefbauamt Backnang, auf der Grundlage ihres Angebots vom **19.04.2022**, den Auftrag für die **Sanierung und Erweiterung des Kunstrasenspielfeldes der Sportanlage Eugen-Adolff-Straße** zum Gesamtpreis von **640.203,70 EUR** einschl. MwSt. erhalten.

# Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des <b>Gemeinderates</b>  am 12. Mai 2022  <b>-Öffentlich-</b>	<b>Anwesend:</b> Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha  als Vorsitzender  und 21 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

## § 50

### Anträge der Fraktionen/Stadträte

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/023/19 der CIB-Fraktion:

„Es wird ein Geh- und Radweg gebaut zwischen der Sulzbacher Straße ca. Höhe Gebäude 178 und dem Knick auf dem Verbindungsweg Seehof – Berliner Ring.“

Herr Kaltenleitner stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

Stadtrat Dr. Schweizer erkundigt sich nach der weiteren Planung.

Der Vorsitzende stellt diese erneut vor.

Stadtrat Härtner schlägt vor, den Waldweg im oberen Bereich zu nutzen.

Herr Großmann stellt die unterschiedlichen Radwege im Sinne des Mobilitätskonzepts vor und erläutert daran, weshalb man diesen Weg nicht nutzen möchte.

Stadtrat Dr. Schweizer teilt mit, dass der Antrag mit der Stellungnahme erledigt sei.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/029/19 der CDU-Fraktion:

„Die Stadt Backnang plant bei allen größeren Neubaugebieten/Nachverdichtungen eine ausreichende Versorgung mit Besucherparkplätzen, Grünflächen und Spielplätzen sowie wohnbereichsnahen Kinderbetreuungseinrichtungen ein.“

Herr Großmann teilt mit, dass man den Antrag gemeinsam mit Antrag AN/89/19 der SPD-Fraktion beantworten möchte. Er verliest den Antrag:

„Wir beantragen bei künftigen Bebauungsplänen mit Quartierscharakter die Berücksichtigung eines Gemeinschaftsraumes zur Nutzung durch die betroffene Bewohnerschaft.“ und stellt den

Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

Stadträtin Kutteroff teilt mit, dass der Antrag aufgrund der Situation in der Schöffelstraße gestellt wurde. Ihrer Meinung nach sei es im Bereich der Oberen Walke noch nicht optimal umgesetzt, was die Parksituation für Ärzte oder Pflegedienste angehe.

Stadtrat Dr. Ketterer schließt sich der Aussage von Stadträtin Kutteroff an.

Stadtrat Franke bittet darum, dass derartige Planungen zu Gemeinschaftsräumen von der Art des Quartiers und nicht von der dortigen Anzahl an Wohnungen abhängig gemacht werde. Er erkundigt sich nach Besucherparkplätzen im Bereich des Bonhoeffer-Areals.

Herr Großmann schließt sich der Meinung von Stadtrat Franke an. Man wolle keinen Gemeinschaftsraum verhindern. Es sei eine Frage der individuellen Planung der Bereiche. Er erläutert auf welchem Parkdeck sich die Besucherparkplätze befinden.

Die CDU-Fraktion sowie die SPD-Fraktion teilen mit, dass die Anträge entsprechend erledigt seien.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/038/19 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen den Ausbau der Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen.“

Frau Wüllenweber teilt mit, dass der Antrag zusammen mit dem Antrag AN/142/19 der CDU-Fraktion

„Erneut beantragen wir das Konzept Schulsozialarbeit in Backnang weiterzuentwickeln, insbesondere an den weiterführenden Schulen besteht noch ein erheblicher Bedarf, der durch die Corona-Pandemie eher noch größer wird.“

sowie mit dem Antrag AN/167/19 der SPD-Fraktion

„Wir beantragen eine angemessene Aufstockung der Pädagogischen Fachkraftstellen in der Schulsozialarbeit, insbesondere für den Bereich Realschulen und Gymnasien.“

beantwortet wird.

Frau Wüllenweber führt aus:

Die Arbeitsgruppe Neukonzipierung Schulsozialarbeit hat ihre Arbeit aufgenommen. Bei der

umfangreichen Konzeption sind neben dem Fachamt auch die Schulen und die Schulsozialarbeit vertreten. Fachlich flankiert durch das KJA. Die Neukonzipierung wird ein umfangreiches Konzept, welches die aktuellen Veränderungen / Herausforderungen der Schulsozialarbeit beleuchten und auch den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen Rechnung tragen soll.

Die neue Konzeption soll auch die Verteilung der Stellendeputate auf die jeweilige Schule evaluieren und ggf. Empfehlungen zur Anpassung geben.

Da die Konzeptionserstellung etwas Zeit in Anspruch nehmen wird, wurden vorsorglich weitere Stellen insbesondere bei den Realschulen und Gymnasien geschaffen. So sind im Stellenplan 2022 die Schulsozialarbeit um 2x 100 % Stellen aufgestockt worden. Vorsorglich wurden die vier Stellen an den Realschulen und Gymnasien im Stellenanteil verdoppelt. So werden an den Schulen rund 80 % Schulsozialarbeit zur Verfügung stehen. Die verbleibenden 40% werden für die aktuell nicht versorgte Grundschule Maubach angedacht. Die Stellen waren ausgeschrieben, das Stellenbesetzungsverfahren läuft. Aufgrund des Fachkräftemangels kommt es allerdings bei der Besetzung zu Verzögerungen.

Die vorsorgliche Verteilung der zusätzlichen 200 % wurden im Einvernehmen mit dem Arbeitskreis vorgenommen.“

Stadtrat Dobler teilt mit, dass diese Anträge bereits vor einiger Zeit gestellt wurden. Er erkundigt sich, weshalb die Stellen nicht besetzt werden konnten.

Stadträtin Kutteroff teilt mit, dass ein ähnlicher Antrag bereits im Jahr 2018 gestellt wurde. Man sei froh, über die beiden Stellen. Sie erkundigt sich nach einem Vergleich zu anderen Großen Kreisstädten im Rems-Murr-Kreis und möchte zudem wissen, ob ebenfalls eine dritte oder auch eine vierte weitere Stelle möglich seien.

Stadträtin Sturm stimmt der Aussage von Stadträtin Kutteroff zu.

Frau Wüllenweber berichtet, dass die Stellen bereits zu Beginn 2022 ausgeschrieben wurden. Der Markt sei in diesem Bereich jedoch sehr dünn bestückt. Man sei zuversichtlich, die Stellen besetzen zu können, da man sich viele Ideen zu möglichen Teams gemacht habe. Über derartige Teams können Urlaubs- und Krankheitsvertretungen geschaffen werden. Man steige nun ebenfalls in diesem Bereich in die Ausbildung ein, um den eigenen Nachwuchs direkt zu generieren. Man wäre froh, wenn noch weitere Stellen geschaffen werden können. Sie stellt die Sachlage im Vergleich zu anderen Städten dar und teilt mit, dass man einen Vergleich nachreichen werde.

Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion teilen mit, dass die Anträge hiermit erledigt seien.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/051/19 der Fraktion B90/ Die Grünen:

„Die Stadtverwaltung prüft die Arrondierung der Bebauung in der Verlängerung der Lichtensteinstraße – Robert-Kaess-Straße in Richtung B 14 als Baugebiet und stellt das Ergebnis dem GR vor.“

Herr Großmann stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

Die Fraktion B90/Die Grünen teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/075/19 der CDU-Fraktion:

„Wir bitten um einen Bericht, wie die Beratung für Anreiner in hochwassergefährdeten Gebieten durchgeführt wird, da die betroffenen Anreiner auch eine hohe Eigenverantwortung haben.“

Baudezernent Setzer teilt mit, dass man dies regelmäßig im Rahmen des Hochwasserschutzes prüfe. Unterjährig kommen regelmäßig Bürgerinnen und Bürger auf die Stadtverwaltung zu, um sich zu erkundigen, was diese selbst unternehmen können. Eine Beratung hierzu findet fortlaufend statt. Ebenfalls erläutert er bestimmte Maßnahmen, welche nach dem Hochwasser 2011 von einer Familie in der Grabenstraße getroffen wurden. Das Thema Starkregen werde nun ebenfalls immer präsenter. Hierzu werde man erneut zeitnah auf das Gremium zukommen, um auch hierzu Hinweise zu Schutzmaßnahmen zu liefern.

Die CDU-Fraktion teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/081/19 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen uns darzustellen, was unter wirtschaftlichen, technischen und juristischen Aspekten unter heutigen Umständen die richtige Lösung für unser Stromnetz ist. Wenn die Stadtwerke das Netz selbst betreiben würden, würden sie für die Bürger als direkte Ansprechpartner bei Netzstörungen zur Verfügung stehen. Überdies hätten die Stadtwerke einen stärkeren Zugriff auf die Netzinfrastruktur.“

Herr Zipf erläutert, dass die Alternativen im Jahr 2020 geprüft wurden. Zu Auswahl standen:

- Verlängerung der Verpachtung
- Vertriebsführung durch einen Dritten
- Sofortiger, eigenständiger Netzbetrieb

Eine weitere Verpachtung käme nicht in Frage, ebenso wie der eigenständige Netzbetrieb. Man habe sich daher für die Vertriebsführung durch einen Dritten entschieden. Diese soll von 2023 – 2026 von der Syna übernommen werden. Er erläutert das Aufgabenfeld der Syna. Ab 2026 sei angedacht, das Stromnetz in Eigenregie weiter zu übernehmen.

Die CDU-Fraktion teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/113/19 der Fraktion Backnanger Demokraten:

„Der Gemeinderat möge beschließen, bei der Verwaltung eine Satzung zur Errichtung neuer Sender für den Mobilfunk in Auftrag zu geben. Diese soll einen Mindestabstand von Anlagen mit einer Senderfrequenz oberhalb 3 GHz von 30m zur Wohnbebauung sowie zu Schulen, Kindergärten und Altenheimen enthalten.“

Herr Kleibner berichtet, dass ein ähnlicher Antrag bereits früher gestellt wurde. Die Prüfung der Abstände obliegt der Bundesnetzagentur. Nur bei einer positiven Prüfung wird eine Standortbescheinigung mit den entsprechenden Abständen bekannt gegeben. Diese Bescheinigung ist Voraussetzung für die Inbetriebnahme der Masten. Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft sei eine Gefährdung ausgeschlossen, wenn der Abstand eingehalten werde. Sollte ein Standort kritisch sein, so könne man als Stadt ein Veto einlegen. Der Antrag werde daher an dieser Stelle durch die Verwaltung abgelehnt.

Stadtrat Dyken bedankt sich für die Erläuterung. Sollte man als Kommune einen geringen Einfluss auf die Standortwahl haben, dann müsse man sich über die entsprechenden Kriterien der Standortwahl unterhalten. Er erkundigt sich nach einem entsprechenden Kriterienkatalog und möchte wissen, was die Stadtverwaltung in diese Richtung bereits unternommen habe.

Baudezernent Setzer erläutert, dass bei dem Aspekt „Einbindung der Kommune“ eher zurückhaltend agiert wird. Bei größeren Masten möchte man als Stadt einbezogen werden. Auf die Abstände der Masten habe man als Stadt keinen Einfluss, hier müsse man sich auf die Unbedenklichkeitsbescheinigung verlassen. Er teilt weiter mit, dass es für Privatpersonen

teilweise recht attraktiv sei, einen Mast anzubringen, da diese hierfür eine Pacht erhalten. Haupteinflussgröße sei dabei die Pachthöhe. Hier ende ebenfalls der Einflussbereich der Stadtverwaltung.

Stadtrat Dyken teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/151/19 der Fraktion B90/ Die Grünen:

„Antrag zur Verpflichtung zur Errichtung von PV Anlagen auf Neubauten. Die Stadtverwaltung nimmt die Verpflichtung zur Nutzung von Sonnenstromanlagen in Neubaugebieten in den Bebauungsplan mit auf.“

Herr Stier teilt mit, dass es hierzu eine Gesetzesänderung gegeben habe. Der Antrag dürfte somit erledigt sein.

Die Fraktion B90/ Die Grünen teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/153/19 der Fraktion B90/ Die Grünen:

„Antrag auf Erstellung einer Wander- und Radkarte. In Backnang und ihren Stadtteilen gibt es verschiedene Rundwege. Die Stadtverwaltung beauftragt die Erstellung einer Faltkarte mit Rad- und Wanderwegen und stellt sie dem Gemeinderat vor. Die Karte soll auch als PDF-Datei von der Stadtseite heruntergeladen werden können.“

Herr Großmann erläutert, dass die Äpple-Karte komplett überarbeitet wurde und nun auch Wege eingebunden seien, welche raus aus der Stadt führen. Ebenfalls habe man durch das Mostviertel ein Format geschaffen, welches sich um deren Weiterführung kümmere. Die Beschilderung wolle man nun weiter lückenlos gestalten. Für Radwege habe man eine Förderung über die Radkultur erhalten und man wolle die Karte in diesem Zuge neu überarbeiten.

Stadtrat Härtner erkundigt sich nach Rundwanderwegen.

Herr Großmann erläutert, dass ein Teil beschildert und in das Äpple integriert wurde. Bei einzelnen Rundwanderwegen gebe es Lücken. Hier müsse man sich nun überlegen, ob man diese wieder aufleben lassen möchte.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass er hier noch ein großes Potenzial sehe. Er wünsche sich

hier eine weitere Rückmeldung.

Der Vorsitzende bittet Stadtrat Härtner darum, die entsprechenden Bereiche nochmals zu benennen.

Stadträtin Eusebi spricht sich für eine gute Beschilderung aus, da man bei Wanderungen auch ohne Smartphone unterwegs sein möchte und daher eine gute Beschilderung benötige.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Frau Thoman hierzu nochmals mit Stadtrat Härtner in Kontakt treten werde.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/199/19 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen, eine aktuelle Übersicht über alle Förderprojekte der Stadt zu erstellen mit Kosten sowie Ablaufdatum.“

Herr Zipf stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor. Diese werde man den Stadträten im Nachgang noch zur Verfügung stellen.

Die CDU-Fraktion teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/221/19 der SPD-Fraktion:

„Wir beantragen, die erhöhten Hallen- und Freibadgebühren im „Kurbadebereich“ zu modifizieren.“

Erster Bürgermeister Janocha erläutert die Preise im Kurbadebereich und berichtet, dass es eine Sportschwimmerkarte gebe, welche die Preise halbiere. Ändere man bestimmte Tarife und verliere dadurch einen Vorsteuerabzug, so könne dies zu einer versteckten Gewinnausschüttung führen. Im Zuge der Preisänderungen im Winter werde man versuchen, bestimmte Preise zu senken. Aktuell wäre dies steuerlich nicht ratsam. Man werde dies entsprechend im Aufsichtsrat diskutieren.

Stadtrat Hettich merkt an, dass die Tarife im Jahr 2020 beschlossen wurde. Er legt die Preise im Vergleich zu anderen Bädern dar. Diese Preise seien wichtig für Personen, welche häufig ins Schwimmbad gehen. Er empfehle diesen, eine Sportschwimmerkarte zu kaufen,

welche den Preis halbiere.

Stadtrat Scheib spricht sich ebenfalls für die Sportschwimmkarte aus. Ebenfalls teilt er mit, dass die Stadtverwaltung mit jedem Besucher Mehrkosten habe.

Stadtrat Franke merkt an, dass sich nicht jeder einen Eintritt von 6 € leisten könne. Man erhalte viele negative Rückmeldungen zu diesen Preisen. Er bittet darum, dies bei den kommenden Verhandlungen im Aufsichtsrat erneut zu prüfen.

Stadträtin Ribbeck möchte wissen, ob bereits darüber nachgedacht wurde die Wassertemperatur zu senken, um so die Energiekosten zu reduzieren.

Erster Bürgermeister Janocha teilt mit, dass dies zu negativen Rückmeldungen seitens der Bürger führen werde.

Stadtrat Hettich verweist erneut auf die Sportschwimmerkarte.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man den Sachverhalt im Aufsichtsrat besprechen werde.

Die SPD-Fraktion teilt mit, dass sie damit einverstanden seien und der Antrag somit erledigt wäre.